Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Nr. 317/2026
Kiel, 13.11.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Minderheitensprachen sind keine Folklore

„Auf Helgoland, so berichtet der Friesenrat, tragen Familien und Ehrenamtliche die Weitergabe des Helgoländischen weitgehend allein. Das zeigt, worum es hier geht: Minderheitensprachen sind keine Folklore, sondern gelebte Identität und Teilhabe. Wir sollten die Landesregierung daran messen, welche konkreten Verbesserungen bis zum nächsten Monitoring bei den Menschen ankommen.“

Christian Dirschauer zu TOP 48 - Bericht: Monitoringverfahren zum 8. Bericht der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Regional- und Minderheitensprachen (Drs. 20/4810)

Viele Befunde des achten Berichts zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen sind uns längst bekannt. Es gibt Fortschritte, aber zentrale Baustellen bleiben. Schleswig-Holstein hat starke Minderheitenstrukturen. Das ist ein Erfolg, aber kein Grund, sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Positiv ist die Änderung des Namensrechts hervorzuheben, die traditionelle Namensformen ermöglicht und die Minderheiten sichtbarer macht.
Dass die Bundesrepublik sich bis heute nicht durchringen konnte, die nationalen Minderheiten ins Grundgesetz aufzunehmen, ist hingegen unverständlich. Das wäre von großer Bedeutung für die Angehörigen der in Deutschland lebenden autochthonen Minderheiten. Hier hätten wir uns von der Bundesregierung mehr Mut und Weitsicht gewünscht. Offen bleibt auch die Gleichstellung der Minderheitensprachen vor Gericht. Fakt ist: die Sorben

und die anderen Minderheiten sind an dieser Stelle nicht gleichgestellt, da lediglich den Sorben in ihrem Siedlungsgebiet der Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten explizit erlaubt ist. Das ist für die dänische Minderheit, die Friesen sowie die Sinti und Roma keine zufriedenstellende Situation.
For os i SSW handler mindretalspolitik ikke kun om at bevare vores kultur og historie. Det handler om retten til at bruge vores eget sprog i hverdagen – i skolen, hos myndighederne og i medierne. For et sprog lever kun, når det bliver brugt. Og det ansvar må vi ikke overlade til mindretallene alene. Vor allem aber sind mir daher die Themen Wissensvermittlung und Sprachförderung eine Herzensangelegenheit. Viel zu viele Menschen in Schleswig-Holstein haben noch nie etwas von der dänischen Minderheit oder der friesischen Volksgruppe gehört. Es liegt seit einigen Jahren eine Empfehlung der KMK zur Wissensvermittlung über die autochthonen Minderheiten in Deutschland vor. Die Umsetzung beschreibt das Land Schleswig-Holstein im vorliegenden Bericht als einen mittel- bis langfristigen Prozess. Da frage ich mich: muss das so lange dauern?

Die KMK-Konferenz hat ja nicht empfohlen, in den Schulen Teilchenbeschleuniger zu bauen, sondern längst vorhandenes Wissen über die nationalen Minderheiten in die Fachanforderungen aufzunehmen. Dafür braucht es geeignete Materialien und klare Zuständigkeiten. Wer Mehrsprachigkeit als Stärke unseres Grenzlandes bezeichnet, muss dafür sorgen, dass Kinder sie auch kennenlernen. Ankündigungen allein reichen nicht.
Auch Niederdeutsch darf dabei nicht unter den Tisch fallen. Die Sprechergruppe begrüßt zusätzliche Modellschulen, kritisiert aber Lücken beim Übergang in die weiterführenden Schulen. Sie fordert zudem ein Niederdeutschgesetz. Diese Einwände gehören in die politische Debatte. Denn wenn ein Kind in der Grundschule Niederdeutsch lernt und an der nächsten Schule kein Angebot mehr findet, ist das kein durchgängiger Bildungsweg. Wir brauchen nicht nur einzelne Projekte, sondern Strukturen, die auch nach dem nächsten Förderzeitraum tragen.
Ebenso inakzeptabel ist der Umgang des NDR mit der Verpflichtung, die Sprachen der Minderheiten im Programm angemessen zu berücksichtigen. Wenn der Europarat schon den MDR für ein unzureichendes Angebot in sorbischer Sprache rügt, können wir festhalten: das, was der MDR anbietet, erscheint paradiesisch im Vergleich zum Angebot des NDR. Und da gilt auch nicht die Ausrede, dass es ja in den Mediatheken ein paar Angebote gibt.
Es geht darum, die Minderheitensprachen im öffentlichen Leben sichtbar zu machen. Hier müsste das Land sich dem NDR gegenüber deutlicher positionieren. Nicht im Sinne einer Programmbeeinflussung, aber mit einem klaren Hinweis auf die Verpflichtungen, die sich aus der Sprachencharta für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ergeben. Besonders deutlich wird die Verantwortung des Landes beim Friesischen. Der Friesenrat beschreibt fehlende Fachanforderungen, Probleme bei der Lehrkräfteausbildung und

eine seit Jahren unbesetzte Fachberatungsstelle. Friesisch darf nicht dauerhaft auf freiwillige Arbeitsgemeinschaften beschränkt bleiben. Es braucht einen verlässlichen Weg vom frühen Spracherwerb über die Schule bis zur Ausbildung der Lehrkräfte. Auf Helgoland, so berichtet der Friesenrat, tragen Familien und Ehrenamtliche die Weitergabe des Helgoländischen weitgehend allein.

Das zeigt, worum es hier geht: Minderheitensprachen sind keine Folklore, sondern gelebte Identität und Teilhabe. Wir sollten die Landesregierung daran messen, welche konkreten Verbesserungen bis zum nächsten Monitoring bei den Menschen ankommen. Das gilt für den Unterricht, für den Kontakt mit Behörden und für die Präsenz unserer Sprachen in den Medien. Ein Bericht ist erst dann wirklich hilfreich, wenn daraus überprüfbare Handlung folgt.